

Rede Ostermarsch

Liebe Freundinnen und Freunde, Sehr geehrte Damen und Herren,

wieder einmal stehen wir heute anlässlich des traditionellen Ostermarsches auf den Straßen, um als FriedensaktivistInnen für den Weltfrieden zu demonstrieren. Wir sind aktuell mit einer Situation konfrontiert, mit der bis vor kurzem niemand hier gerechnet hat: Die russische Armee hat die Ukraine überfallen. Seit Wochen sind Millionen Menschen auf der Flucht, Städte werden zerbombt, Zivilist_innen ermordet.

Wir als die kurdische Gesellschaft wissen ganz genau, was es bedeutet aufgrund von Krieg, Verfolgung und Menschenrechtsverbrechen die Entscheidung treffen zu müssen, seine Heimat zu verlassen und sich auf die Flucht zu begeben. Vor diesem Hintergrund, können wir auch die Forderungen der Ukraine nach Waffenlieferungen nachvollziehen, um sich gegen Putins verbrecherische Armee zu wehren. Denn auch wir waren immer wieder in der Situation uns gegen die Angriffskriege des türkischen Staates wehren zu müssen und sind es heute noch.

Es gibt ein Recht auf Selbstverteidigung!

Gegen einen Autokraten wie Putin zu sein, heißt, sich für Vielfalt, gegen Homophobie und Frauenfeindlichkeit und für Meinungsfreiheit einzusetzen.

Für die kurdische Gesellschaft ist es zur Normalität geworden, sich mit der Waffe gegen die Unterdrückung zu verteidigen. Das ist unsere Realität. Insofern besteht unser Antikriegskampf nicht aus Gewaltfreiheit, sondern in der bewaffneten Selbstverteidigung. Auch das ist ein Teil unserer Realität!

Wir wollen nicht heucheln: Über jeden Angriff der US-Streitkräfte auf IS-Stellungen bei Kobane haben wir gejubelt, weil sie die Niederlage des Islamischen Staates der Welt nähergebracht hat.

Heuchelei ist aber, wenn sich ein Kriegsverbrecher wie Erdogan in Bezug auf den aktuellen Krieg gegen die Ukraine als Friedensvermittler hinstellt und vom Westen in dieser Rolle akzeptiert wird.

An wem wollen wir uns eigentlich orientieren, wer sind in diesem Konflikt unsere Verbündeten? Hier sehen wir die vielen Widerstand leistenden Menschen in der Ukraine, die Protestierenden in Russland, die dafür Gefängnis riskieren, oder die Menschen in Belarus, die Sabotageaktionen gegen russische Militärtransporte durchführen.

Ihnen gilt unsere Solidarität, auf ihrer Seite müssen wir stehen.

Zu ihnen gehören auch die vielen Geflüchteten, denn dieser Krieg verdeutlicht wieder einmal, dass es die Gesellschaft ist, die unter diesen Herrschaftskämpfen leidet.

Die deutsche Regierung nutzt diesen Krieg nun dazu, die Bundeswehr aufzurüsten. Mit einem 100Milliarden-Paket soll eine Modernisierung stattfinden; eine Investitionsspritze für die Rüstungsindustrie. Die Aktien von Rheinmetall z.B sind seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine in die Höhe geschossen. Dies verdeutlicht, dass es wieder die Wirtschaft ist, die von Kriegen profitiert und nicht die Bevölkerungen. Diese Aufrüstungspolitik ist definitiv nicht als Lösung zu betrachten.

Überall, wo die Möglichkeit besteht, Kriege über einen Dialogweg zu lösen, sollte man auf diesem Weg hartnäckig sein und diesen Weg wählen.

Angesichts der aktuellen Situation sind wir allerdings der Auffassung, dass konsequente wirtschaftliche Sanktionen zum richtigen Zeitpunkt entsprechenden Druck auf Putin und seinen Unterstützerkreis ausgeübt hätten, die ihn zweimal hätten überlegen lassen, was er tut und lässt. Aber selbst im Saarland haben wir ein Beispiel, wie sich wirtschaftliche Interessen dagegen durchsetzen: Die Saarstahl AG befürchtet lautstark wirtschaftliche Nachteile bei ihrer Stahlproduktion, wenn weniger oder kein Gas aus Russland käme.

Auf eines will ich zuletzt noch Bezug nehmen: während die Medien alle über den Krieg gegen die Ukraine berichten, hat Erdogan die Entscheidung getroffen eine weitere Großoffensive auf die kurdischen Gebiete in Südkurdistan zu starten. Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, keine selektive Solidarität auszuüben, sondern überall, wo Kriegsverbrechen begangen und völkerrechtswidrige Kriege geführt werden, die Verursacher gezielt zu verurteilen und Sanktionen durchzusetzen! Völkerrechtsbruch ist überall Völkerrechtsbruch und Menschenrechte sind universell!

In diesem Sinne fordern wir:

Sanktionen statt Aufrüstung!

Deeskalation, statt Eskalation!

Frieden in Kurdistan, der Ukraine und überall auf der Welt!

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.